

KEINE MIETZAHLUNGEN WEGEN CORONA

Politiker-Wut über Adidas

Abgeordneter verbrennt T-Shirt ++ „Die Verantwortlichen sollten sich was schämen“ ++ Justizministerin soll Gesetz nachbessern



Für viele Politiker ein rotes Tuch: Adidas

Foto: Michael Dalder / Reuters

Artikel von: **KARINA MÖßBAUER,**
LAURA EßLINGER U. OLIVER
GROTHMANN veröffentlicht am
29.03.2020 - 15:01 Uhr

*Heftige Reaktionen auf die Ankündigung von Adidas und Co.,
keine Miete mehr für ihre geschlossenen Läden zu zahlen!*

**Aus Wut darüber hat der Bundestagsabgeordnete Florian
Post (38, SPD) sogar ein T-Shirt des Sportartikelherstellers
verbrannt. Ein Video davon hat er auf seinem Instagram-
Account hochgeladen ([https://www.instagram.com/p/B-SRnQPilb9/?](https://www.instagram.com/p/B-SRnQPilb9/?utm_source=ig_web_copy_link)**

[utm_source=ig_web_copy_link](https://www.instagram.com/p/B-SRnQPilb9/?utm_source=ig_web_copy_link)).

Darin sagt er: „Ich bin der Meinung, dass wir unser Gesetz letzte Woche nicht dafür beschlossen haben, dass sich Dax-Konzerne schadlos halten. Auch teilweise einseitig die Kosten der Corona-Krise an kleinere Vermieter abzuwälzen, ist unsolidarisch.“

„Daher bin ich der Meinung, dass man sein Konsumverhalten speziell für die Zeit nach der Krise überdenken sollte. Ich werde keine Adidas-Sachen mehr tragen. Aus diesem Grund möchte ich ein Zeichen setzen.“

Auch Katarina Barley (51, SPD), Vizepräsidentin des EU-Parlaments, zeigt sich empört. Sie will keine Adidas-Sneaker mehr kaufen. „Als globaler Konzern mit 3,2 Milliarden Gewinn 2019 eine Schutzvorschrift für MieterInnen in Existenznot auszunutzen, ist schäbig“, begründet sie ihre Ankündigung auf Twitter.

Das hier waren übrigens die letzten [@adidas](https://twitter.com/adidas) (https://twitter.com/adidas?ref_src=twsrc%5Etfw), die wir gekauft haben. Als globaler Konzern mit 3,2 Milliarden Gewinn 2019 eine Schutzvorschrift für MieterInnen in Existenznot auszunutzen, ist schäbig. [#coronavirus](https://twitter.com/hashtag/coronavirus?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw) (https://twitter.com/hashtag/coronavirus?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw) [@BMJV_Bund](https://twitter.com/BMJV_Bund) (https://twitter.com/BMJV_Bund?ref_src=twsrc%5Etfw) [pic.twitter.com/0OoKHvFZxO](https://t.co/0OoKHvFZxO) (https://t.co/0OoKHvFZxO) — Katarina Barley (@katarinabarley) March 28, 2020 (https://twitter.com/katarinabarley/status/1243900335523069952?ref_src=twsrc%5Etfw)

Auch weitere Politiker zeigten sich gegenüber BILD entsetzt:

► Johannes Vogel (37, FDP) verweist auf ein Sonderwohngeld, das einen solchen Missbrauch verhindert hätte. Die Bundesregierung müsse sich fragen, ob die Regelung „nicht einfach falsch war – aber das entschuldigt gar nichts. Wenn eine Firma dies ohne Not in Anspruch nimmt, sollten die Verantwortlichen sich was schämen, das ist schlicht eine unanständige Schande.“

► **Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (45, CSU) hatte Adidas bereits am Freitag scharf kritisiert. Scheuer sagte bei BILD: „Ich bin enttäuscht von Adidas. Ich bin sehr enttäuscht.“ Keine Mieten mehr zu bezahlen, sei „eine völlig inakzeptable Botschaft. Das Signal ist nicht das Unterhaken, das man von jedem Bürger verlangt. Wir geben die Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger: ‚Seid vernünftig!‘ Da müssen große Konzerne aber auch vernünftig sein“, so Scheuer.**

VERKEHRSMINISTER SCHEUER

„Ich bin sehr enttäuscht von Adidas“



(/video/clip/news-inland/verkehrsminister-scheuer-ich-bin-sehr-enttaeuscht-von-adidas-69672594-69677312.bild.html)

Quelle: BILD Live

2:14 Min.

► Christian von Stetten (49, CDU) kritisiert Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (54, SPD) und fordert eine Änderung des Gesetzes: „Die Bundesjustizministerin ist in der Lage noch in dieser Woche einen Ergänzungsgeszentwurf vorzulegen. Warum tut sie es nicht?“



Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (54, SPD)

Foto: Kay Nietfeld / dpa

► Ministerin Lambrecht hatte sich empört über den Stopp von Mietzahlungen für Ladengeschäfte großer Firmen geäußert. „Wenn jetzt finanzstarke Unternehmen einfach ihre Mieten nicht mehr zahlen, ist dies unanständig und nicht akzeptabel“, sagte sie am Samstag in Berlin.

Am Sonntag bestätigte ihr Ministerium auf BILD-Nachfrage: „Der vorübergehende Kündigungsschutz greift nur, wenn Mieter aufgrund der Corona-Krise nicht zur Zahlung ihrer Miete in der Lage sind. Das können Gerichte überprüfen.“ Die Pflicht zur Mietzahlung bestehe aber „in jedem Fall“ weiter.

Vermieter können bei ausbleibenden Zahlungen gegen die Mieter vorgehen. „Hohe Zinsen, Klagen und auch Vollstreckungen können drohen.“ Der Rat: Deshalb sollten Mieter auf ihre Vermieter zugehen und einvernehmliche Lösungen suchen.

► Viele kleine Firmen seien Beispiele „für flexible Corona-Hilfe und maximalen Einsatz“, sagt Cem Özdemir (54, Grüne). „Die packen an, die probieren aus, die helfen. Adidas und Co. hingegen offenbaren gerade Geiz statt Sportsgeist.“ Er rate dringend, von den Plänen abzusehen. „Man muss nicht alles ausnutzen, was geht. Das gilt in der Krise und im Übrigen auch sonst.“

In sozialen Netzwerken beschwerten sich kleine Unternehmer darüber, dass sie ihre Miete meist weiterzahlen müssen und ihnen ihre Vermieter keine flexiblen Lösungen erlauben.

Ein Dinner-Veranstalter schreibt: „Meine Hausverwaltung besteht weiterhin auf pünktliche, volle Zahlung und schert sich null, wie es mir als Gewerbemieter in der aktuellen Lage geht. (...) Trotz Nachfrage keine Flexibilität. Trotz konstruktiven Vorschlags Zurückweisung.“

Laut dem Münchner Rechtsanwalt Norman Synek, Experte für Vertragsrecht, sind die Mieter von Ladenlokalen, die wegen Corona schließen mussten, allerdings tatsächlich nicht verpflichtet, weiter Miete zu zahlen. „Der einzelne Mieter hat gegen Vermieter für Dauer der staatlichen Maßnahme einen Anspruch auf Anpassung des Vertrages nach der im BGB

geregelten Grundsätzen der Störung der Geschäftsgrundlage.“
Um Risiken zu vermeiden, sollte die Miete unter dem Vorbehalt der Rückforderung aber gezahlt werden – so seine Empfehlung.

Auch H&M, Puma, Hunkemöller zahlen nicht mehr

Nachdem Adidas ankündigt hat, keine Miete mehr für seine Shops zu zahlen, zogen andere große Unternehmen nach. Darunter: der Schuh-Riese Deichmann und die Modekette C&A. Auch Hunkemöller, Pimkie und Apollo Optik wollen weniger oder gar keine Miete mehr für ihre Filialen zahlen, wie BILD aus Vermieterkreisen erfuhr.

Auch sie begründen das mit den erzwungenen Geschäftsschließungen in der Corona-Krise. Von C&A werden die Schließungen „als Ereignis höherer Gewalt angesehen, das C&A zur vollständigen Aussetzung seiner Verpflichtung zur Zahlung von Mieten berechtigt“, heißt es in einem Schreiben an die Vermieter (liegt BILD vor).

Kai Warnecke, Präsident von Haus & Grund, bezweifelt das: „Die Handelsketten nehmen das Gesetz vorsätzlich zum Anlass, um Mietzahlungen auszusetzen. Es untergräbt die Zahlungsmoral.“ Sollte sich das durchsetzen, „haben wir in zwei Wochen keine funktionierende Wirtschaft mehr. Wir erwarten ein Statement von der Kanzlerin, dass das so nicht geht.“

Lukas Siebenkotten, Präsident des Deutschen Mieterbundes (62), sagte zu BILD: „Das ist eine Unverschämtheit sondergleichen. Diese großen Firmen verdienen hervorragendes Geld und berufen sich jetzt auf ein Gesetz, das doch die Kleinen

schützen soll. Wir wären nicht auf den Gedanken gekommen, dass ausgerechnet sie ihre Miete nicht zahlen. Das Bundesjustizministerium hätte das sehen können.“

Siebenkotten weiter: „Ich kann alle verstehen, die bei Adidas und Co. jetzt nichts mehr kaufen wollen.“ An Adidas und Co. gerichtet sagt der Mieterbund-Präsident: „Denkt noch mal nach und überlegt euch, was ihr damit anrichtet.“

BILD Gutscheine:
Groupon bietet tolle Deals und Angebote zahlreicher Firmen, Restaurants und Veranstalter. [Finde jetzt deinen Groupon Gutschein](https://www.bild.de/gutscheine/groupon)
(<https://www.bild.de/gutscheine/groupon>)

© Axel Springer AG. Alle Rechte vorbehalten